

Magdeburg, den 22.10.2013
pa-ck

Sitzung des HFA Nr. 44
Datum: 30.10.2013
Ort: Magdeburg, Landesgeschäftsstelle
Bearbeiter: Andrea Pankrath

TOP 6 **Zukünftige Inhalte der Haushaltsumfrage des SGSA**

Anlagen: **KNSA-Beitrag 392/2013 vom 15.10.2013**
Auswertung der Haushaltsumfrage 2013

Bisherige Beratung: -

Beschlussvorschlag: -

Begründung:

Auch im Haushaltsjahr 2013 hatte die Landesgeschäftsstelle eine Haushaltsumfrage initiiert, welche erstmals in einem Online-Verfahren durchgeführt wurde. Die diesjährige Haushaltsumfrage war immer noch gekennzeichnet durch das Nebeneinander des kameralen und doppelten Haushalts- und Rechnungswesens. Im kommenden Jahr erwarten wir, dass auch die jetzt noch im kameralen System befindlichen Städte und Gemeinden ihr Haushalts- und Rechnungswesen ab dem 01.01.2014 auf das NKHR umstellen werden.

Schon in der Vergangenheit haben wir bei den NKHR-Kommunen eine Reihe von Daten zur Ergebnis- und Finanzhaushaltsplanung, zu den Liquiditätssicherungskrediten sowie zur Eigenkapitalquote abgefragt. Die nunmehr unmittelbar bevorstehende flächendeckende Einführung des NKHR in unseren Städten und Gemeinden wird uns zukünftig wieder eine bessere Vergleichbarkeit der Haushaltsdaten sowie eine verbesserte Einschätzung der Entwicklung der Haushaltssituation ermöglichen. Es stellt sich für die Landesgeschäftsstelle die Frage, ob die bisher erhobenen Daten für die Information unserer Mitglieder sowie die Verbandsarbeit ausreichend sind. Beispielsweise vor dem Hintergrund der zukünftigen Ausgestaltung der Bedarfsermittlung für den kommunalen Finanzausgleich erwägen wir eine Auswertung der Abfrage. Denkbar wäre dabei zunächst eine Orientierung an den verbindlichen Mustern zur Ergebnis- und Finanzplanung der Kommunen. Aber auch vor dem Hintergrund der beispielsweise für das Haushaltskennzahlensystem (HKS) durch die Kommunalaufsichtsbehörden erhobenen Daten oder der im Rahmen der STARK-Programme bestehenden Berichtspflichten soll im Ausschuss diskutiert werden, ob die Inhalte der zukünftigen Haushaltsumfrage über die in den verbindlichen Mustern enthaltenen Daten hinaus feiner gegliedert und vertieft werden sollten.

Der Ausschuss wird um Aussprache gebeten.

Auswertung der Haushaltsumfrage 2013

Auch für das Haushaltsjahr 2013 hatte die Landesgeschäftsstelle eine Haushaltsumfrage initiiert, welche in diesem Jahr erstmals in einem Online-Verfahren durchgeführt wurde. Dies dient der Optimierung der Arbeitsabläufe, sowohl in den Verwaltungen als auch in der Landesgeschäftsstelle. Während Ihnen jederzeit der Zugriff auf Ihre Daten und der Nachtrag von Änderungen, also eine jederzeitige Aktualisierung Ihrer Daten, ohne lästige Papierformulare möglich sind, entfallen in der Landesgeschäftsstelle der enorme Erfassungsaufwand der gelieferten Daten und damit eventuell verbundene Übertragungsfehler. In einem direkt abrufbaren Bericht sind zudem die Beteiligung an der Umfrage und einige andere Auswertungen für uns unverzüglich möglich, was eine schnelle Reaktion auf Nachfragen ermöglicht. Zudem ist für uns erkennbar, welche Städte und Gemeinden die Umfrage abschließend bearbeitet, den Response abgebrochen oder die Umfrage bisher unbearbeitet gelassen haben. Das ermöglicht, direkte Erinnerungen an die Bearbeitung der Umfrage. Die Landesgeschäftsstelle wird weiter an der Optimierung der Umfrage und der möglichen Auswertungen arbeiten, um auch zukünftig die Effizienz der Umfrage weiter zu steigern. Nach anfänglich sehr zögerlichen Rückläufen liegen nunmehr die Daten für 166 (2012: 179) Städte und Gemeinden von insgesamt 219 vor, die für die nachfolgende Auswertung herangezogen wurden.

Insbesondere die Umstellung auf das Neue Kommunale Haushaltsrecht (NKHR) hat in vielen Mitgliedsgemeinden zu einer sehr späten Verabschiedung des Haushaltsplanes für das Jahr 2013 und somit auch zu einer sehr späten Beantwortung der Haushaltsumfrage geführt, was die detailliertere Auswertung der Umfrageergebnisse zu einem früheren Zeitpunkt verhindert hat. Von allen Teilnehmern haben bisher 66 % ihr Haushalts- und Rechnungswesen fristgemäß spätestens zum 01.01.2013 umgestellt, 34 % praktizieren demnach im Haushaltsjahr 2013 noch ein kamerales System. Der Anteil der Städte und Gemeinden, die die Umstellung noch nicht realisiert haben ist bei den Mitgliedsgemeinden von Verbandsgemeinden und bei den Einheitsgemeinden bis 20.000 Einwohner mit 36 % identisch und am höchsten. Bei den Einheitsgemeinden über 20.000 Einwohner sind noch 24 % mit einem kameralem Haushalts- und Rechnungswesen unterwegs. Die drei kreisfreien Städte haben auf das NKHR umgestellt.

93 % der Städte und Gemeinden verfügen nach eigenen Angaben bis Ende September über einen beschlossenen Haushalt.

47 % aller teilnehmenden Städte und Gemeinden können 2013 voraussichtlich den Haushaltsausgleich nicht realisieren. Auf den ersten Blick setzt sich damit ein offensichtlich positiver Trend der Vorjahre fort. Im Haushaltsjahr 2011 hatten 65 % und im Haushaltsjahr 2012 53 % der Gesamtheit der teilnehmenden Städte und Gemeinden angegeben, den Haushaltsausgleich nicht realisieren zu können. Hinzu kommen jeweils diejenigen, die einen Haushaltsausgleich nur über andere Möglichkeiten realisieren können. Das waren im Haushaltsjahr 2011 weitere 24 %, im vergangenen Jahr 19 % und in diesem Jahr 11 % der teilnehmenden Städte und Gemeinden.

Für dieses Haushaltsjahr haben bei den Mitgliedsgemeinden der Verbandsgemeinden 45 % (2012: 51 %) angegeben, ihren Haushalt nicht ausgleichen zu können. Weitere 13 % (2012: 17 %) können den Haushaltsausgleich nur durch Ausnutzung anderer Möglichkeiten darstellen. Bei den Einheitsgemeinden bis 20.000 Einwohner sind 52 % (2012: 51 %) nicht in der Lage, den Haushaltsausgleich darzustellen, weitere 7 % bedienen sich dafür anderer Möglichkeiten. Eine ähnliche Situation zeigt sich bei den Einheitsgemeinden über 20.000 Einwohner. Hier können 48 % (2012: 65 %) einen Haushaltsausgleich nicht darstellen und weitere 14 % (2012: 20 %) bedienen sich dafür ebenfalls beispielsweise einer Entnahme aus Rücklagen. Von den kreisfreien Städten gelingt im Haushaltsjahr 2013 allen der Haushaltsausgleich.

Dieser Trend darf aber nicht fehlbewertet werden. Gerade in den vergangenen Jahren haben die Städte- und Gemeinden zunehmend ihr Haushalts- und Rechnungswesen auf das NKHR umgestellt. Daraus resultieren in der Ergebnisplanung und -rechnung gewisse Effekte, die diese Entwicklung maßgeblich befördern könnten. Das heißt im Umkehrschluss aber nicht, dass sich die Handlungsspielräume der Städte und Gemeinden langsam wieder erweitern würden.

Ein Indiz dafür, dass dem nicht so ist, ist die enorme Höhe der Liquiditätssicherungskredite (Kassenkredite) Von der Gesamtheit der teilnehmenden Städte und Gemeinden wurden Liquiditätssicherungskredite in Höhe von über 1 Mrd. Euro geplant. In Anspruch genommen waren jeweils zum Zeitpunkt der Beantwortung der Umfrage davon fast 510 Mio. Euro.

Außerdem haben die teilnehmenden Städte und Gemeinden auch wieder beträchtliche Defizite gemeldet. Insgesamt sind das bei den kameralen Kommunen und in den Ergebnishaushalten der NKHR-Kommunen unter Berücksichtigung der Fehlbeträge aus dem vergangenen Jahr über 307 Mio. Euro. Hinzu kommt ein weiterer struktureller Fehlbetrag (Realisierung des Haushaltsausgleichs über andere Möglichkeiten) in Höhe von 8,5 Mio. Euro. Insgesamt klafft also bei den teilnehmenden Städten und Gemeinden eine Lücke in Höhe von über 315,5 Mio. Euro zwischen Einnahmen und Ausgaben (kameral) bzw. Erträgen und Aufwendungen (doppisch).

Hinzu kommt bei den NKHR-Kommunen ein beachtliches Finanzierungsdefizit, welches im Wesentlichen im investiven Bereich entsteht. Bei der Betrachtung der Einzahlungen und Auszahlungen für die laufende Verwaltungstätigkeit erzielen die Mitgliedsgemeinden der Verbandsgemeinden einen Überschuss in Höhe von ca. 4 Mio. Euro, die kreisfreien Städte in Höhe von ca. 12 Mio. Euro. Demgegenüber zeigt sich bei den Einheitsgemeinden bis 20.000 Einwohner ein Defizit in Höhe von ca. 12,5 Mio. Euro und bei denen über 20.000 Einwohner in Höhe von ca. 3,9 Mio. Euro. Insgesamt verbleibt ein Defizit im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit in Höhe von ca. 208.000 Euro. Anders stellt sich die Situation im investiven Bereich dar. Hier verzeichnen alle Gruppen beträchtliche Finanzierungsdefizite. Bei den Mitgliedsgemeinden der Verbandsgemeinden beläuft sich dieses Defizit auf ca. 16,7 Mio. Euro, bei den Einheitsgemeinden bis 20.000 Einwohner auf ca. 26,2 Mio. Euro, bei den größeren Einheitsgemeinden auf ca. 39,6 Mio. Euro und bei den kreisfreien Städten auf ca. 4,1 Mio. Euro. Insgesamt beträgt das Finanzierungsdefizit im investiven Bereich fast 86,8 Mio. Euro, die von den Städten und Gemeinden finanziert werden müssen. Parallel müssen die Städte und Gemeinden auf Grund der durch das Entschuldungsprogramm STARK II verursachten Tilgungsstauung auch verstärkte Belastungen im Bereich der Finanzierungstätigkeit verkraften, was die die Liquiditätsprobleme zusätzlich verschärft.

Die auf den ersten Blick positive Entwicklung der Anzahl der Städte und Gemeinden mit ausgeglichenem Haushalt darf somit nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie massive Finanzprobleme zu bewältigen haben. Um hier eine zuverlässigere Einschätzung der Entwicklung der Haushalts- und Finanzsituation in den Städten und Gemeinden abgeben zu können, müssen zunächst alle Städte- und Gemeinden eine Umstellung des Haushalts- und Rechnungswesens vollzogen haben. Erst dann kann die weitere Entwicklung über einen gewissen Zeitraum beobachtet und im Nachgang beurteilt werden.

Eine Auswertung der Realsteuerhebesätze wird gesondert erfolgen und im Anschluss ebenfalls in den Kommunalnachrichten veröffentlicht.

Eine Zusammenfassung der Ergebnisse der diesjährigen Haushaltsumfrage ist im Anlagenteil dieser KNSA-Ausgabe sowie in unserem Internetangebot unter:

www.komsanet.de

(SGSA, Mitgliederservice, Themengebiete, Kommunalfinanzen,
Umfragen, Haushaltsumfragen)

dargestellt.

KNSA *pa-ri*

	Mitglieder VerbGem	% *	EG <20.000	% *	EG >20.000	% *	kreisfreie Städte	% *	Gesamt	% *
Anzahl der Kommunen:	86		56		21		3		166	
<u>HAUSHALTSPLAN 2013</u>										
ist beschlossen	85	99	50	89	17	81	3	100	155	93
ist nicht beschlossen	1	1	6	11	4	19	0	0	11	7
<u>HAUSHALTSRECHT</u>										
NKHR	55	64	36	64	16	76	3	100	110	66
Kameralistik	31	36	20	36	5	24	0	0	56	34
<u>HAUSHALTSAUSGLEICH</u>										
nein	39	45	29	52	10	48	0	0	78	47
ja	25	29	15	27	8	38	3	100	51	31
ja, unter Ausnutzung anderer Möglichkeiten	11	13	4	7	3	14	0	0	18	11
<u>NKHR-Kommunen</u>										
Defizit im Ergebnishaft (einschließlich Vorjahr)	-14.756.115		-74.038.505		-65.795.648		-25.970.484		-180.560.752	
zusätzl. "STRUKT. DEFIZIT" (Ausgleich andere Möglichkeiten)	-162.000		-555.400		-2.409.800				-3.127.200	
Überschuss/ Defizit im Finanzhaushalt - laufende Verwaltung	4.008.900		-12.582.792		-3.881.403		12.247.335		-207.960	
Defizit im Finanzhaushalt - Investitionshaushalt	-16.673.200		-26.208.620		-39.572.198		-4.096.000		-86.550.018	
Liquiditätssicherungskredite geplant	26.298.200		116.680.108		256.752.000		640.000.000		1.039.730.308	
Liquiditätssicherungskredite beansprucht**	11.887.942		41.326.385		136.690.736		319.490.609		509.395.672	
<u>Kameralistik-Kommunen</u>										
Defizit im Verwaltungshaushalt (einschließlich Vorjahr)	-18.762.253		-70.717.215		-33.612.448				-123.091.916	
zusätzl. "STRUKT. DEFIZIT" (Ausgleich andere Möglichkeiten)	-258.400		-1.029.234		-4.117.600				-5.405.234	
Defizit im Vermögenshaushalt	-216.900		-3.294.100						-3.511.000	
<u>Defizite insgesamt im Ergebnis- bzw. Verwaltungs- und Vermögenshaushalt</u>										
insgesamt in €	-33.735.268		-148.049.820		-99.408.096		-25.970.484		-307.163.667	
zzgl. weiteres "strukturelles Defizit"	-420.400		-1.584.634		-6.527.400		0		-8.532.434	
insgesamt in €	-34.155.668		-149.634.454		-105.935.496		-25.970.484		-315.696.101	

* prozentuale Differenzen oder Differenzen zur Anzahl der Gemeinden beruhen darauf, dass keine Angaben gemacht wurden bzw. abgerundet wurde

** in Anspruch genommen jeweils zum Zeitpunkt der Beantwortung der Umfrage

AUSWERTUNG DER HAUSHALTSUMFRAGE 2013

	Mitglieder VerbGem	% *	EG <20.000	% *	EG >20.000	% *	kreisfreie Städte	% *	Gesamt	% *
<i>Anzahl der Kommunen:</i>	86		56		21		3		166	
<u>Erhebung folgender</u>		Anzahl der Kommun en		Anzahl der Kommun en		Anzahl der Kommune n		Anzahl der Kommune n		Anzahl der Kommun en
<u>Straßenausbaubeiträge **</u>										
einmalige	21		39		18		3		81	
wiederkehrende	16		26		9		0		51	
<u>Erhebung folgender kommunaler</u>										
<u>Steuern u.a.</u>	Einnahmen		Einnahmen		Einnahmen		Einnahmen		Einnahmen	
Hundesteuer	177.400	33	1.720.900	41	2.298.900	20	2.519.000	3	6.716.200	97
Vergnügungssteuer	25.600	12	651.700	34	2.478.200	20	1.852.600	3	5.008.100	69
Zweitwohnungssteuer	4.500	2	275.800	10	154.000	4	620.000	2	1.054.300	18
Kurtaxe	37.000	1	1.370.900	6	2.482.800	5			3.890.700	12

* prozentuale Differenzen oder Differenzen zur Anzahl der Gemeinden beruhen darauf, dass keine Angaben gemacht wurden bzw. abgerundet wurde
** in Anspruch genommen jeweils zum Zeitpunkt der Beantwortung der Umfrage

Nr. 392

Auswertung der Haushaltsumfrage 2013

Auch für das Haushaltsjahr 2013 hatte die Landesgeschäftsstelle eine Haushaltsumfrage initiiert, welche in diesem Jahr erstmals in einem Online-Verfahren durchgeführt wurde. Dies dient der Optimierung der Arbeitsabläufe, sowohl in den Verwaltungen als auch in der Landesgeschäftsstelle. Während Ihnen jederzeit der Zugriff auf Ihre Daten und der Nachtrag von Änderungen, also eine jederzeitige Aktualisierung Ihrer Daten, ohne lästige Papierformulare möglich sind, entfallen in der Landesgeschäftsstelle der enorme Erfassungsaufwand der gelieferten Daten und damit eventuell verbundene Übertragungsfehler. In einem direkt abrufbaren Bericht sind zudem die Beteiligung an der Umfrage und einige andere Auswertungen für uns unverzüglich möglich, was eine schnelle Reaktion auf Nachfragen ermöglicht. Zudem ist für uns erkennbar, welche Städte und Gemeinden die Umfrage abschließend bearbeitet, den Response abgebrochen oder die Umfrage bisher unbearbeitet gelassen haben. Das ermöglicht, direkte Erinnerungen an die Bearbeitung der Umfrage. Die Landesgeschäftsstelle wird weiter an der Optimierung der Umfrage und der möglichen Auswertungen arbeiten, um auch zukünftig die Effizienz der Umfrage weiter zu steigern. Nach anfänglich sehr zögerlichen Rückläufen liegen nunmehr die Daten für 166 (2012: 179) Städte und Gemeinden von insgesamt 219 vor, die für die nachfolgende Auswertung herangezogen wurden.

Insbesondere die Umstellung auf das Neue Kommunale Haushaltsrecht (NKHR) hat in vielen Mitgliedsgemeinden zu einer sehr späten Verabschiedung des Haushaltsplanes für das Jahr 2013 und somit auch zu einer sehr späten Beantwortung der Haushaltsumfrage geführt, was die detailliertere Auswertung der Umfrageergebnisse zu einem früheren Zeitpunkt verhindert hat. Von allen Teilnehmern haben bisher 66 % ihr Haushalts- und Rechnungswesen fristgemäß spätestens zum 01.01.2013 umgestellt, 34 % praktizieren demnach im Haushaltsjahr 2013 noch ein kamerales System. Der Anteil der Städte und Gemeinden, die die Umstellung noch nicht realisiert haben ist bei den Mitgliedsgemeinden von Verbandsgemeinden und bei den Einheitsgemeinden bis 20.000 Einwohner mit 36 % identisch und am höchsten. Bei den Einheitsgemeinden über 20.000 Einwohner sind noch 24 % mit einem kameralem Haushalts- und Rechnungswesen unterwegs. Die drei kreisfreien Städte haben auf das NKHR umgestellt.

93 % der Städte und Gemeinden verfügen nach eigenen Angaben bis Ende September über einen beschlossenen Haushalt.

47 % aller teilnehmenden Städte und Gemeinden können 2013 voraussichtlich den Haushaltsausgleich nicht realisieren. Auf den ersten Blick setzt sich damit ein offensichtlich positiver Trend der Vorjahre fort. Im Haushaltsjahr 2011 hatten 65 % und im Haushaltsjahr 2012 53 % der Gesamtheit der teilnehmenden Städte und Gemeinden angegeben, den Haushaltsausgleich nicht realisieren zu können. Hinzu kommen jeweils diejenigen, die einen Haushaltsausgleich nur über andere Möglichkeiten realisieren können. Das waren im Haushaltsjahr 2011 weitere 24 %, im vergangenen Jahr 19 % und in diesem Jahr 11 % der teilnehmenden Städte und Gemeinden.

Für dieses Haushaltsjahr haben bei den Mitgliedsgemeinden der Verbandsgemeinden 45 % (2012: 51 %) angegeben, ihren Haushalt nicht ausgleichen zu können. Weitere 13 % (2012: 17 %) können den Haushaltsausgleich nur durch Ausnutzung anderer Möglichkeiten darstellen. Bei den Einheitsgemeinden bis 20.000 Einwohner sind 52 % (2012: 51 %) nicht in der Lage, den Haushaltsausgleich darzustellen, weitere 7 % bedienen sich dafür anderer Möglichkeiten. Eine ähnliche Situation zeigt sich bei den Einheitsgemeinden über 20.000 Einwohner. Hier können 48 % (2012: 65 %) einen Haushaltsausgleich nicht darstellen und weitere 14 % (2012: 20 %) bedienen sich dafür ebenfalls beispielsweise einer Entnahme aus Rücklagen. Von den kreisfreien Städten gelingt im Haushaltsjahr 2013 allen der Haushaltsausgleich.

Dieser Trend darf aber nicht fehlbewertet werden. Gerade in den vergangenen Jahren haben die Städte- und Gemeinden zunehmend ihr Haushalts- und Rechnungswesen auf das NKHR umgestellt. Daraus resultieren in der Ergebnisplanung und -rechnung gewisse Effekte, die diese Entwicklung maßgeblich befördern könnten. Das heißt im Umkehrschluss aber nicht, dass sich die Handlungsspielräume der Städte und Gemeinden langsam wieder erweitern würden.

Ein Indiz dafür, dass dem nicht so ist, ist die enorme Höhe der Liquiditätssicherungskredite (Kassenkredite) Von der Gesamtheit der teilnehmenden Städte und Gemeinden wurden Liquiditätssicherungskredite in Höhe von über 1 Mrd. Euro geplant. In Anspruch genommen waren jeweils zum Zeitpunkt der Beantwortung der Umfrage davon fast 510 Mio. Euro.

Außerdem haben die teilnehmenden Städte und Gemeinden auch wieder beträchtliche Defizite gemeldet. Insgesamt sind das bei den kameralen Kommunen und in den Ergebnishaushalten der NKHR-Kommunen unter Berücksichtigung der Fehlbeträge aus dem vergangenen Jahr über 307 Mio. Euro. Hinzu kommt ein weiterer struktureller Fehlbetrag (Realisierung des Haushaltsausgleichs über andere Möglichkeiten) in Höhe von 8,5 Mio. Euro. Insgesamt klafft also bei den teilnehmenden Städten und Gemeinden eine Lücke in Höhe von über 315,5 Mio. Euro zwischen Einnahmen und Ausgaben (kameral) bzw. Erträgen und Aufwendungen (doppisch).

Hinzu kommt bei den NKHR-Kommunen ein beachtliches Finanzierungsdefizit, welches im Wesentlichen im investiven Bereich entsteht. Bei der Betrachtung der Einzahlungen und Auszahlungen für die laufende Verwaltungstätigkeit erzielen die Mitgliedsgemeinden der Verbandsgemeinden einen Überschuss in Höhe von ca. 4 Mio. Euro, die kreisfreien Städte in Höhe von ca. 12 Mio. Euro. Demgegenüber zeigt sich bei den Einheitsgemeinden bis 20.000 Einwohner ein Defizit in Höhe von ca. 12,5 Mio. Euro und bei denen über 20.000 Einwohner in Höhe von ca. 3,9 Mio. Euro. Insgesamt verbleibt ein Defizit im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit in Höhe von ca. 208.000 Euro. Anders stellt sich die Situation im investiven Bereich dar. Hier verzeichnen alle Gruppen beträchtliche Finanzierungsdefizite. Bei den Mitgliedsgemeinden der Verbandsgemeinden beläuft sich dieses Defizit auf ca. 16,7 Mio. Euro, bei den Einheitsgemeinden bis 20.000 Einwohner auf ca. 26,2 Mio. Euro, bei den größeren Einheitsgemeinden auf ca. 39,6 Mio. Euro und bei den kreisfreien Städten auf ca. 4,1 Mio. Euro. Insgesamt beträgt das Finanzierungsdefizit im investiven Bereich fast 86,8 Mio. Euro, die von den Städten und Gemeinden finanziert werden müssen. Parallel müssen die Städte und Gemeinden auf Grund der durch das Entschuldungsprogramm STARK II verursachten Tilgungsstauung auch verstärkte Belastungen im Bereich der Finanzierungstätigkeit verkraften, was die die Liquiditätsprobleme zusätzlich verschärft.

Die auf den ersten Blick positive Entwicklung der Anzahl der Städte und Gemeinden mit ausgeglichenem Haushalt darf somit nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie massive Finanzprobleme zu bewältigen haben. Um hier eine zuverlässigere Einschätzung der Entwicklung der Haushalts- und Finanzsituation in den Städten und Gemeinden abgeben zu können, müssen zunächst alle Städte- und Gemeinden eine Umstellung des Haushalts- und Rechnungswesens vollzogen haben. Erst dann kann die weitere Entwicklung über einen gewissen Zeitraum beobachtet und im Nachgang beurteilt werden.

Eine Auswertung der Realsteuerhebesätze wird gesondert erfolgen und im Anschluss ebenfalls in den Kommunalnachrichten veröffentlicht.

Eine Zusammenfassung der Ergebnisse der diesjährigen Haushaltsumfrage ist im Anlagenteil dieser KNSA-Ausgabe sowie in unserem Internetangebot unter:

www.komsanet.de

(SGSA, Mitgliederservice, Themengebiete, Kommunalfinanzen,

Umfragen, Haushaltsumfragen)

dargestellt.

KNSA 392/2013 vom 15.10.2013 pa-ri